Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, liebe FriedensfreundInnen, liebe Genossinnen und Genossen,

für viele von uns war es vor kurzer Zeit noch undenkbar, dass russisches Militär in die Ukraine bis nach Kiew eindringt, Menschen tötet und Gebäude zerstört. 75% der Bevölkerung hatten nicht geglaubt, dass dieser Krieg wirklich stattfinden wird. Wir sind erschrocken über einen zweiten Krieg in Europa nach dem NATO-Bombardement auf Jugoslawien 1999. Wir sind solidarisch mit allen Kriegsopfern aber mit keiner Kriegspartei. Weder der russischen noch der ukrainischen. Ukrainische Militärs verantworten seit dem Maidan-Putsch tausende Todesopfer im Donbass. Jahrzehntelang friedensbewegte Menschen wissen genau, wer nach dem Ende des Warschauer Paktes die Welt mit Krieg überzogen hat. Aufrüstungsspirale, Wirtschaftskrieg und heiße Kriege mit Millionen Toten von Jugoslawien über Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien gingen von unserm engsten NATO-Bündnispartner USA aus. Weder Bush noch Trump sind jemals wegen Völkerrechtsbruch sanktioniert worden. Im Gegenteil. Unsere Bundesregierung hat diese Kriege aktiv unterstützt und tut dies zum Teil noch immer.

Dieser aktuelle Angriff Rußlands zeugt von der Schwäche der Friedensbewegung, des Völkerrechts und der Diplomatie. Er ist eine Niederlage der Friedensbewegung, nach der hier zu Lande in jüngster Zeit verstärkt gefragt wird. Meine Enkelin zeigt hier ein Schild mit drei Buchstaben, war nicht so schwer zu malen. Drei Buchstaben: MIR. Heißt Frieden auf russisch und ukrainisch. Danke liebe Enkelkinder. Ihr und eure Altersgenossinnen, wir alle sehnen uns im Angesicht der Bilder aus den ukrainischen Kampfgebieten die sofortige Beendigung dieses Krieges herbei. Die russischen, die ukrainischen, die deutschen Menschen wollen keinen Krieg –

aber Oligarchen jenseits und diesseits der Grenze lassen kämpfen.

Weil ich Sanktionen gegen Rußland ablehne wurde ich vor kurzem gefragt: Dein Vorschlag ist, Russlands Handlungen ungeahndet zu lassen? Und mein Ver.di Kollege Frank Werneke fordert eben diese Sanktionen, was er ja gar nicht gebraucht hätte, denn Regierung und Opposition wollen das ja auch. Scharfe wirtschaftliche Sanktionen sind leider auch nach Auffassung des DGB erforderlich um Rußland an den Verhandlungstisch zu zwingen. Es gibt einen Überbietungswettbewerb in Sachen Strafandrohung.

Da in der Ukraine der Krieg schon seit 2014 in Gang ist und bereits 14 tausend Todesopfer gefordert hat und unser Land durch die Unterstützung der Putschregierung selber Kriegspartei ist, daher ist seit langem auch die Wahrheit gestorben, denn sie stirbt im Krieg bekanntlich zuerst. Zu dieser Wahrheit gehört, dass das Minsk II Abkommen von der ukrainischen Regierung von Beginn an ignoriert wurde, sich ukrainische Regierungsvertreter nicht einmal mit den Vertretern der Gebiete, die ihre Unabhängigkeit von Kiew erklärt haben, an einen Tisch gesetzt haben. Vor drei Wochen hier am gleichen Ort hatten wir noch dessen Einhaltung in den Mittelpunkt unserer Forderung gestellt.

Es wird durch eine grauslige Medienkakophonie eine Stimmung geschürt, die Wirtschaftskrieg und militärisches Eingreifen vorbereitet. Diese jüngste Verletzung des Menschenrechts auf Frieden wird zum Anlass genommen aus vollen Rohren draufzuhalten.

Im Angesicht des Krieges sind wir hilflos und neigen dazu, vergiftete Lösungsvorschläge anzunehmen, es müsse doch mit Wirtschaftskrieg, also Sanktionen, geantwortet werden.

Für Befürworter militärischer Lösungen aus allen Parteien ist dieser Akt der Gewalt durch das russische Militär ein Geschenk. Jetzt dröhnt es:

- Die Bundeswehr muss richtig ausgerüstet werden, rauf mit den Rüstungsausgaben.
- Transporte amerikanischer Truppen durch Deutschland nach Polen, Rumänien, ins Baltikum ok.
- Noch mehr deutsche Soldaten in osteuropäische NATO-Länder wir hören täglich davon.
- Die Zeit der Friedensdividende soll endgültig beendet werden.

Dies alles ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, welches sehr schnell ein Flächenbrand werden kann. Russische Raketen können in kürzester Zeit hier bei uns einschlagen, in einer Stadt mit einem Hafen, der Drehscheibe für Kriegsgerät in alle Welt ist. Eine Verschärfung des kalten Krieges kann, wie wir jetzt erleben, zu einem heißen Krieg führen. Wir haben gehört, dass auch das AKW Tschernobil eingenommen wurde, das erst den kleinsten Teil seiner Emissionen in die Atmosphäre abgegeben hat. Die Ukraine hat 14 Atomkraftwerke. In Donezk befindet sich das leistungsstärkste. Wenn das hochgeht ist Europa in den nächsten 100tausend Jahren unbewohnbar. Aber dazu spricht noch eine Vertreterin der Ärzte gegen den Atomkrieg IPPNW.

40 Jahre nach Olaf Palme müssen wir zurück zu einer Politik der gemeinsamen Sicherheit. Nur die Anerkennung der Sicherheitsinteressen aller ermöglicht friedliches Miteinander.

Wir bleiben dabei: Krieg schafft keinen Frieden!

Krieg bleibt die Ultima Irratio. Krieg tötet. Zerstört die Umwelt. Schafft Armut und Flucht.

Es geht auch anders:

16 442 Unterschriften hat unsere Volksinitiative am 14. Dezember dem Landeswahlleiter übergeben. Sie alle fordern, dass unser Hafen hier vor unserer Haustür entmilitarisiert wird. Kommenden Dienstag ist eine Anhörung der Vertrauenspersonen der Volksinitiative im Bauausschuss der Bürgerschaft. Die Volksinitiative für das Verbot jeglicher Rüstungstransporte durch unseren Hafen gibt die Antwort auf die Frage, wie wir Krieg ahnden.

Die Bundesrepublik in der wir leben ist weltweit selbst Kriegspartei. Oligarchen, wie die Chefs der Rüstungskonzerne schicken in alle Ecken der Welt Mordwerkzeuge und machen Profite mit dem Tod.

Hier bei uns in Hamburg mit dem Mittel der direkten Demokratie dafür zu sorgen, dass den Kriegsherren die Waffen ausgehen, das ist eine nachhaltige Form, Kriege in der Welt zu ahnden, ein Beispiel zu geben wie wir sie beenden!

Deswegen fordern wir hier am Regierungssitz unserer Stadt Bürgerschaft und Senat dazu auf den großen Rüstungsumschlagort Hamburg zu demilitarisieren.

Die Stadtregierung kann damit einen Beitrag zur Befriedung der Welt gemäß ihres Verfassungsauftrages machen und uns Hamburgerinnen und Hamburger schützen. Jetzt ist Krieg vor unserer Haustür und wir sehen schockiert die Autoschlangen in die Nachbarländer der Ukraine und denken darüber nach, wie wir unsere Kinder und Enkel schützen könnten in solch einem Fall wie er jetzt 1200 km östlich eingetreten ist.

Verweigern wir uns der Kriegslogik, hissen wir die weiße Fahne über dem Hamburger Rathaus. Verbannen wir das Freund-Feind-Schema aus unseren Köpfen. Schaffen wir einen Friedenshafen und stellen die Produktion in den über 90 Rüstungsbetrieben dieser Stadt um auf zivile Produktion. Legen wir die Rüstung ab – dann sind wir die Last los, die unser Leben zerstört.

MIR liebe Friedensfreundinnen, nur dann hat die Menschheit Zukunft.